

Inserate werden angenommen in Polen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Polen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Ar. 117

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den Sonntagen und Festtagen ...

Dienstag, 16. Februar.

Inserate, die schlagpaletten Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe ...

1892

Ausliches.

Berlin, 15. Februar. Der König hat dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Kiel Dr. ...

Deutschland.

Berlin, 15. Febr. Die Berathung des Militär-etats begann heute im Reichstage durchaus nicht mit jener Aufregung, die man nach dem Bekanntwerden des sächsischen ...

Zentrum mit seinem schichternen Amendement zum freisinnig-nationalliberalen Antrag kam. Mit herzlicher Heiterkeit hörte die Linke diesen Zusatzantrag des Zentrums mit an, der Bayern geben möchte, was Bayerns ist, und dem Reiche, was des Reiches ist, und der Keinem von Beiden das unbedingt ...

Mit den Reichsunmittelbaren konnte nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Arolsen eine Einigung über die Steuerfrage nicht erzielt werden. Die Sache wird in diesem Falle durch ein Gesetz erledigt werden.

Nach dem Vorgange der Universität Halle hat auch die Berliner Universität eine Petition gegen das Volksschulgesetz beschlossen, der sich die große Mehrheit der Professoren und Dozenten, darunter auch die Theologen angeschlossen haben.

Die Meldung Berliner Blätter, wonach der Kaiser sich am Sonnabend anlässlich des Diners beim Minister v. Bötticher mit dem Abg. v. Huene über das Volksschulgesetz unterhalten haben sollte, ist unrichtig. Der genannte Abgeordnete war in Folge von Krankheit überhaupt verhindert, an dem Diner theilzunehmen.

Kullmann, welcher am 13. Juni 1874 in Pfiffingen das Attentat auf Bismarck verübte, ist vor einigen Tagen im Zuchthaus zu Amberg verstorben. Derselbe war zu 14 Jahren Zuchthaus und dann noch wegen gewaltthätigen Betragens im Zuchthaus zu einer mehrjährigen Zusatzstrafe verurtheilt worden.

Züst, 15. Febr. Eine zahlreich besuchte Bürger-Versammlung nahm nach einem Vortrage des Chefredakteurs Michels aus Königsberg eine Protestresolution gegen das Volksschulgesetz einstimmig an.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Kommission für das Volksschulgesetz trat am Montag zunächst in eine Generaldebatte über die §§ 14-17 — konfessionelle Verhältnisse, Religionsunterricht und die dazu vorkommenden Abänderungsanträge ein. Das Zentrum hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, welche das konfessionelle Prinzip noch schärfer durchzuführen. Charakteristisch war die Erklärung des Abg. Bartels, daß die Konservativen der Vorlage zustimmen, daß sie aber auch den Antrag des Zentrums, wonach nur die Kinder einer der vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften angehören, den Religionsunterricht durch einen Lehrer ihres Bekenntnisses empfangen müssen, annehmen. Zentrum und konservative gehen in ihren Wünschen also noch über die Vorlage hinaus. Gegen das Verbot der Simultanschulen erklärten sich die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freikonserwativen; sie wollen die Verwandlung der Simultanschule in eine konfessionelle und umgekehrt von der Zustimmung der Gemeinde abhängig machen. Die Nationalliberalen und Freikonserwativen lassen eine Ergänzung der Zustimmung der Gemeinden durch den Kreis- bez. den Bezirksauschuß zu. Auf Anfrage der Abg. Rickert und v. Bedlitz erklärt der Kultusminister, bezüglich der Simultanschulen sei der Kaiserliche Erlaß von 1876 heute noch maßgebend. Wessel (frk.) bekämpft den Zwang zur Errichtung von konfessionellen Schulen namentlich mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinden im Osten, deren Kräfte schon durch die Sozialpolitik aufs äußerste angepannt seien. Abg. Rickert stimmt dem zu; das konfessionelle Prinzip werde in hohem Maße verurtheilt, als die Anstellung eines zweiten Lehrers bei mehr als 120 Kindern. Die Zustimmung jenes Prinzips führe im Osten Liberale und Konservative zusammen. Die Erregung der Gemüther scheine den Behörden sehr unangenehm. Rickert berührt auch den Vorgang in Hoerde, wo für 28 jüdische Schüler einer paritätischen Schule eine besondere Schule errichtet werden solle. Das Verbot von Simultanschulen sei verfassungswidrig; daß in letzter Zeit keine Simultanschulen entstanden sind, erkläre sich daraus, daß die Minister diesen feindlich sind. Bezüglich des Religionsunterrichts sei er, nach dem Vorgange Badens, bereit, den Kirchen den Religionsunterricht zu überlassen; dagegen die Lehrer ganz selbständig zu erhalten. Der Kultusminister sagte, er scheue die freie Diskussion nicht. Er habe auch gestern eine Deputation Berliner Lehrer empfangen und sich mit denselben lange unterhalten. Eine Verfügung, die einen halbwegs helfenden Schulrath veranlassen könnte, vorzugeben, wie angeblich in Hoerde geschehen, habe er nicht erlassen. Er bestreite, daß ein Kampf gegen die Simultanschule geführt werde; in den Jahren 1882-1886 habe sich die Zahl derselben nur um 17 vermindert. Einen Antrag zu § 17, wonach Kinder zur Theilnahme an dem Religionsunterricht in einem von dem ihrigen verschiedenen Bekenntnis nicht angehalten werden können, habe Rickert mit der Berufung auf den früheren Minister v. Mühlner motivirt. Der Kultusminister macht sich über diese Rehabilitation Mühlner's ihm gegenüber lustig; er beharre bei seiner Ansicht. Abg. Enneccerus beruft sich auf Minister Ladenburg dafür, daß die Befassung die Simultanschule nicht nur zulasse, sondern unter Umständen auch erfordere. Nach dem streng konfessionellen Prinzip müßten auch besondere lutherische und reformirte Schulen bestehen. Ebenso Frh. v. Bedlitz (frk.); das Bedürfnis an Simultanschulen werde in Folge der zunehmenden Mischung der Bekenntnisse noch zunehmen. Die Abg. Seyffardt und Grimm beleuchten die Nothwendigkeit der Simultanschule mit besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse in Rheinland und in Nassau. Hier seien die Simultanschulen mit Zustimmung der Bischöfe und der Geistlichkeit eingeführt. Abg. v. Huene erklärt, das Zentrum wünsche eine Garantie gegen spätere Minister! Jetzt machten konservative und Zentrum von ihrer Mehrheit Gebrauch, wie die Minderheit das beim Kulturkampf gethan. Abg. Bartels (kons.) versteht den Widerspruch der Nationalliberalen gegen die Vorlage nicht. Derselbe entspreche den Beschlüssen, die die Kommission im Vorjahre gegen das Zentrum gefaßt. Die Abg. Grimm, Rickert und Wessel weisen nach, daß das irrtümlich ist. Das Zentrum, das damals gegen die Beschlüsse ge-

wesen, sei ja auch jetzt für die Vorlage. Abg. Birchow weist die Unthunlichkeit des konfessionellen Unterrichts in allen Fächern nach. Die Mehrheit sei nur für die Vorlage, weil dieselbe in dem, was Regel und was Ausnahme sei, die Schule der Kirche unterwerfe. Der Friede unter den Konfessionen sei damit unmöglich. Auch er sei bereit, den Religionsunterricht den Kirchen zu gewähren, wenn im übrigen der Charakter der Schule als einer staatlichen Veranstaltung gewahrt bliebe. Fortsetzung morgen.

Vermischtes.

Ueber die Katastrophe in Palmnicken, über welche wir bereits eine kurze Mittheilung gemacht haben, erhält die „Königsb. Gart. Ztg.“ folgenden authentischen Bericht: Das Bernsteinbergwerk Palmnicken wurde in der Nacht vom 12. zum 13. d. Mts. von einem schweren Unglück betroffen. Die durch den rasenden Orkan jener Nacht um fast zwei Meter gestiegene Dittke durchbrach das Hängegebirge eines Stollens in der Nähe von Kratzteppeln und setzte die gesammte alte Grube in kaum 20 Minuten so vollständig unter Wasser, daß nicht nur sämtliche Stollen damit gefüllt wurden, sondern daß auch das Wasser in den Schächten bis annähernd zur Meereshöhe anstieg. Von den zu jener Zeit beschäftigten 40 Arbeitern konnten sich nur 34 retten, während sechs leider umgekommen sind. Die Verunglückten waren sämtlich Familienväter und hinterlassen 6 Wittwen und 15 unerwachsene Kinder. Der ganze Bau in Palmnicken ist nach dem Urtheil aller Sachverständigen mit einer solchen Vorsicht angelegt, daß nur unglückliche Verkettung einer Anzahl elementarer Ereignisse dieses Unglück hervorzubringen konnte. Der Abbau der blauen Erde geschieht in B. durch Stollenbau. Sämtliche Stollen werden stark mit Holz ausgezimmert, sodaß ein Befahren derselben ohne die geringste Gefahr vor sich gehen kann. Damit nun der Boden sich nach der Entfernung der blauen Erde schneller setzen kann, ist die Besitzerin des Bergwerks, die Firma Stantien, verpflichtet, vor dem Verlassen der Stollen dieselben zum Bruch zu bauen. Da die Zimmerung äußerst fest ist und lange Zeit dem Zusammenbruch Widerstand leistete, so entzieht es sich jeder Berechnung, wenn gelegentlich einmal ein solcher Stollen zusammenstürzen wird. Dieses Zusammenstürzen ist stets mit Gefahren verknüpft, weil sich dadurch auf der Oberfläche plötzlich Versenkungen von ganz bedeutender Tiefe bilden. Um den Niedergang des Bodens und dadurch die Möglichkeit zum gefahrlosen Betreten der Erdoberfläche in kürzerer Zeit zu bewirken, müssen die Stützen der Zimmerung thunlichst entfernt werden, und die zum Bruch gegebene Stelle durch feste Verbaue und Verpackungen gegen den übrigen Bau abgeschlossen werden. Ein solches Bruchfeld befand sich auch bei Kratzteppeln. Leider aber waren die Erdmassen wohl noch nicht ganz niedergegangen, als die unglücklich auftretende Sturmfluth die Brandungsgrenze um etwa 60 Meter ins Land verlegte und das Bruchfeld unter Wasser setzte. Unter diesem flossalen Druck türzte das stehende gebliebene Erdreich zusammen und in dem sich dicht am Steilufer bildenden über 17 Meter tiefen Trichter ergossen sich die Wassermassen und zertrümmerten selbst die hier dreifach angelegten Verbaue. Das Brachsen der Hölzer und ein Luftdruck, welcher in Sturmesstärke die Grube durchzog, machte die Mehrzahl der Arbeiter auf die drohende Gefahr aufmerksam, so daß sie dem Rettungsschachte zu-eilten. Nur die etwa 1 Kilometer südlich bei Sorgenau arbeitenden Leute mögen die Warnungsrufe der Fliehenden nicht gehört und die Erscheinungen erst bemerkt haben, als an eine Rettung nicht mehr zu denken war. Alle Versuche, welche Kühne Bergleute unternahmen, um trotz des Wassers im Bau vorzudringen und die Fehlgänger zu retten, mußten aufgegeben werden, da dasselbe in rasender Schnelligkeit stieg und die Stollen bald bis zur Decke füllte. Es blieb nichts übrig als die gesammten Pumpenwerke nach der Unglücksstätte zu verlegen, um nach Freilegung der Strecken wenigstens die Leichen der Verunglückten aufzufinden. Man hofft, das eingedrungene Wasser, welches auf über 30 000 Kubikmeter veranschlagt wird, in einigen Tagen zu bewältigen und die Grube wieder fahrbar zu machen. Glücklicherweise waren nur wenig Arbeiter in letzter Zeit in Grube Palmnicken beschäftigt, weil man beabsichtigte, dieselbe demnächst aufzugeben. Der ganze Bernsteinabbau sollte nach der neuen Grube Anna verlegt werden, die von diesem Unfall in keiner Weise in ihrem Betriebe gestört worden ist. Seit mehr als 20 Jahren ist die alte Grube bergmännisch abgebaut worden, ohne einen nennenswerthen Unfall, aber auch nie hat die See eine solche Höhe erreicht, wie in der verhängnißvollen Nacht.

lokales.

Posen, den 16. Februar.

[Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogo-rzelice vom 15. Febr.: 2,34 Meter; vom 16. Febr.: 2,37 Meter; Telegramm aus Schrimm vom 15. Febr.: 2,98 Meter, vom 16. Febr.: 3,13 Meter.

br. Warnung vor einem Hochstapler. Zufolge einer Anzeige des Barramts in Gruczwon in Galizien ist von dort vor etwa drei Wochen ein gewisser Jacob Wachsberger nach Preußen ausgewandert und soll sich zur Zeit in Posen aufhalten. Derselbe ist bereits schon vor zwei Jahren einige Zeit im Auslande gewesen und hat damals seiner in Gruczwon wohnenden Frau 800 Mark überhandt, auch jetzt soll er derselben schon 80 M. zugesandt haben. Wachsberger betreibt anscheinend das Bettlergeschäft mit gutem Erfolge, obwohl er dort ein eigenes Hausgrundstück mit dazu gehörigem Grund und Boden besitzt und auch noch nebenbei eine Wein- und Spezereihandlung betreiben soll. Er hat diesmal von dem Ortsrichter, welcher wegen Amtsmißbrauchs unter Anklage gestellt wird, ein Armutsszeugnis rauszulocken verstanden. Wachsberger ist nicht arm, er versteht es meisterlich, durch Erzählung irgendwelcher abenteuerlicher Geschichten das Mitleid fremder Leute, namentlich seiner Glaubensgenossen, zu erwecken und so aus denselben Geldbeträge herauszulocken. Er soll die Absicht haben, bei seiner diesmaligen „Kunsttreise“ sich auch nach Frankfurt a. M. und Bayern

